

# Was uns bewegt - Politik in Holle und unserer Region

## INHALT

### SEITE 2

**KULTUR FÜR ALLE  
VON THORSTEN SCHÄFER-  
GÜMBEL, STELLV. VORSITZENDER  
DER SPD**

### SEITE 4

**GRUNDSÄTZE KOMMUNALER  
KULTURPOLITIK IM  
HILDESHEIMER LAND  
ARTIKEL VON  
HARTWIG KEMMERER**

### SEITE 6

**SPD-BEZIRKSPARTEITAG**

### SEITE 7

**EXTREMISMUSPRÄVENTION IN  
STADT UND LANDKREIS  
HILDESHEIM  
VON LISA SCHWARZER**

### SEITE 9

**MITSTREITERINNEN UND  
MITSTREITER AUS DER  
KOMMUNALPOLITIK:  
UTE WITTECZEK**

### SEITE 10

**SUEDLINK - ANTRAGSKONFERENZ  
DER BUNDESNETZAGENTUR  
ERÖFFNET VERFAHREN DER  
BUNDESFACHPLANUNG**

### SEITE 11

**SPD-ORTSVEREIN GRASDORF-  
LUTTRUM MIT NEUEM MITGLIED  
IMPRESSUM**

## Ausgabe 7 - Juni 2017

Es ist geschafft. Mit ein paar Tagen Verzögerung ist diese Ausgabe nun fertig geworden!

Ich freue mich, dass Thorsten Schäfer-Gümbel als stellv. Vorsitzender der SPD und Vorsitzender des SPD-Kulturforums den Beitrag „Kultur für alle. So ermöglichen wir durch eine starke Kulturpolitik eine demokratische und solidarische Gesellschaft“ beige-steuert hat.

Hartwig Kemmerer ist erneut in diesem Rundbrief vertreten: Sein Beitrag skizziert „Grundsätzen kommunaler Kulturpolitik“.

Und schließlich findet sich in dieser Ausgabe der Beitrag

„Extremismusprävention in Stadt und Landkreis Hildesheim“ von Lisa Schwarzer, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend und Integration im Rat der Stadt Hildesheim.

Für das Portrait in der Rubrik „Mitstreiterinnen und Mitstreiter aus der Kommunalpolitik“ stand Ute Witteczek aus meinem Gemeindeverband zur Verfügung.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen Autorinnen und Autoren für die Beiträge und wünsche viel Spaß beim Lesen!

Sven Wieduwilt



# Kultur für alle. So ermöglichen wir durch eine starke Kulturpolitik eine demokratische und solidarische Gesellschaft

**von Thorsten Schäfer-Gümbel, stellv. Vorsitzender der SPD, Vorsitzender des Kulturforums der SPD**

Was ist Kultur? Für viele gehört dazu das Stadtmuseum mit wechselnden Ausstellungen, das Konzert der Lieblingsband oder das Open-Air-Kino im Sommer. Und alles ist richtig! Für uns Sozialdemokraten ist Kultur etwas Weites, etwas Vielfältiges. Wir zählen dazu alle künstlerischen Werke, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen und deren Erleben des Einzelnen auseinandersetzen. Während also bei Podiumsdiskussionen die Debatte im Vordergrund steht, vermengt sich bei Kultur der Diskurs mit Ästhetik. Und das kann von der örtlichen Blaskapelle genauso erzeugt werden wie von Computer-Spielen, der Documenta in Kassel und dem Staatsorchester.



Thorsten Schäfer-Gümbel | ©Susie Knoll

Menschen und schärft dessen Bewusstsein hinsichtlich seiner eigenen Persönlichkeit, der Gesellschaft und der eigenen Positionierung in ebendieser. Kultur steht nicht nur für Bildung oder Freizeit, sondern sie ist »Befähigung zur Selbstbestimmung des Menschen« (Hilmar Hoffmann). Durch Diskurse und Bildung trägt sie zur Identitätsbildung des Individuums bei. Sie erweitert das kreative Potenzial und das Potenzial zur Sinneswahrnehmung der

Menschen. Doch am allerwichtigsten: Sie kann gesellschaftliche Debatten hervorbringen und gegenseitiges Verständnis fördern, gerade zwischen Menschen, die eine unterschiedliche Sozialisation haben.

## **Es geht nicht um Perfektion, sondern ein Bewusstsein für Werte**

Wir haben ein Kulturverständnis, dass nicht auf Elite und Perfektion setzt wie bei Konservativen, sondern auf Vielfalt. Die Zugänge zu Kunst und Kultur sind damit unterschiedlich. Doch Kunst kann ein Bewusstsein für allgemeingültige Werte wie die Würde des Menschen schaffen und darauf aufmerksam machen, wenn diese missachtet werden. Kunst prägt das Denken des

## **Teilhabe – Ursozialdemokratisch und noch heute nicht erreicht**

Dieses breitere Kunstverständnis entspricht auch den Grundwerten der SPD: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Das Ziel der Sozialdemokratie ist ebenso die »Befähigung zur Selbstbestimmung des Menschen«. In unserer Kulturpolitik ist Teilhabe wichtig. Kulturelle Teilhabe ist bereits ein breiter gesellschaftlicher Konsens, doch sie ist noch lange nicht erreicht.

Der Geldbeutel, der Bildungsgrad, die familiäre Situation und eigene Herkunft entscheiden noch viel zu oft darüber, ob der Zugang zu Kultur möglich ist. Öffentlich geförderte Kulturangebote werden weiterhin nur von rund der Hälfte der Bevölkerung wahrgenommen. Das gehen wir als Sozialdemokratie an, durch ein breites Angebot und Ideen wie einen kostenfreien Tag pro Monat in Museen. Nur, wenn wir wirklich unserem Anspruch von Kultur für alle gerecht werden – wenn auch in kleinen Schritten – so ist dies immer ein weiterer Beitrag für unsere demokratische Gesellschaft.

### **Digitalisierung und ländliche Räume stärken**

Aber wenn nur die Hälfte der Menschen unsere Angebote annimmt, was können wir noch ändern? Indem wir die digitale Welt, die demographischen Fragen und die wachsende Kluft zwischen Stadt und Land mitdenken. Dies sind die Fragen, um Kultur für alle zu schaffen, unabhängig von Wohnort, Gesundheitszustand und Uhrzeit. Durch die Digitalisierung kann Kultur niedrigschwelliger und demokratischer werden. Bestes Beispiel sind Bibliotheken. Die Bibliothek ist das Wohnzimmer einer sich verändernden Gesellschaft. Dort begegnen sich Menschen, informieren sich und tauschen sich aus. Bibliotheken müssen in der Lage sein, Menschen zu unterstützen, sich in einer digitalen Welt zurechtzufinden. Gerade als Sozialdemokrat kann ich es nicht akzeptieren, dass Menschen zurückgelassen werden, dass ältere Mitbürgerinnen und -bürger plötzlich abgehängt werden von Informationen und Kultur. Auf der anderen Seite können Menschen, die rein digital aufwachsen, gerade an einem solchen Ort wie einer Bibliothek erfahren, was die analoge Welt zu bieten hat. Denn wir werden noch eine sehr lange Zeit in einer Welt des »Sowohl-als-auch« und nicht des »Entweder-oder« leben, wenn es um analog und digital geht. Von daher müssen wir die Menschen zusammenbringen.

Und es geht darum, nicht nur Berlin, Frankfurt und Hamburg zu stärken, sondern auch Holle, Einbeck und Goslar. In vielen Teilen des Landes ist der demographische Wandel eine der größten Herausforderungen – auch für Kunst und Kultur. Die Fragen nach besserer Infrastruktur und Mobilität sowie die finanzielle Sicherung von lokalen Kulturangeboten müssen wir lösen. Kultur wird in ländlichen Räumen besonders durch bürgerschaftliches Engagement getragen. Sie ist ein wichtiger Beitrag für unseren Zusammenhalt. Wir als Sozialdemokratie sehen die Lösung vor allem in kooperativen Partnerschaften zwischen Bund, Ländern und Kommunen, um die Kultur im ländlichen Raum gezielt zu stärken. Soziokultur und mobile Konzepte und Produktionen bieten hier gute Ansätze.

### **Kultur als Mittel der Verständigung im Einwanderungsland**

Kultur lebt vom Austausch und der Vielfalt, von der Schaffung Neuem und dem Wagen des Unerhörten, noch nicht dagewesenen – besonders über nationalstaatliche Grenzen und Kulturen hinweg. Wir sind ein Einwanderungsland, viele verschiedene Kulturen haben die hiesige Kulturlandschaft geprägt und nachhaltig verändert. Auch durch die Aufnahme der vielen Geflüchteten in den vergangenen Jahren wird sich unsere Gesellschaft ändern. Kultur kann dabei Brücken über die Verschiedenheiten der Menschen hinweg schlagen und zu wirklicher Verständigung beitragen. Hierin liegt ein großer Gewinn für die Gesellschaft und für die Zukunft unseres Landes. Denn nur Vielfalt macht eine Gesellschaft innovativ, diskursiv, integrativ und letztlich frei. Dabei ist eine demokratische Gesellschaft immer eine Gesellschaft, die vom Pluralismus lebt. Deutschland ist ein Land, in dem sich neue Kultur dadurch herausbildet, dass Menschen vor ihrem jeweiligen kulturellen Background Dinge

mitbringen und daraus ein neues Ganzes entsteht.

### **Kulturelle Bildung als Schlüssel**

Kulturelle Bildung ist dabei der Schlüssel für Verständnis. Über sie können wir die Kultur des anderen sehen, demokratische Grundwerte vermitteln und bestmöglich „Zusammenwachsen“. Dafür müssen wir noch mehr Ideen und Geld in Bildung stecken. Viel zu oft wird kulturelle Bildung vernachlässigt. Musik- und Kunstunterricht an allgemeinbildenden Schulen wird gekürzt und hört mit dem Abschlusszeugnis ganz auf. Die Förderung von Neugierde, Kreativität und Toleranz sollte uns aber ein Leben lang begleiten - gerade jetzt, in Zeiten, die von Spaltungen und Konflikten geprägt sind.




---

## Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Gegenwart und Zukunft“ Grundsätze kommunaler Kulturpolitik im Hildesheimer Land (Stadt und Landkreis) von Hartwig Kemmerer

In der Absicht die gewachsenen kulturellen Strukturen Hildesheims zeitgemäß zu sichern und zu überarbeiten und neue zu initiieren, ergeben sich für kommunalbezogenes, kulturpolitisches Handeln folgende Grundsätze:

### **Leitidee Teilhabegerechtigkeit**

Kommunale Kulturpolitik gestaltet wesentliche Rahmenbedingungen des örtlichen Lebens. Kommunale Kulturpolitik richtet sich an die Gesamtbevölkerung der Stadt und des Landkreises. Sie will dass alle Bürgerinnen und Bürger an kultureller Praxis teilhaben können.

Allen muss der Zugang zu den Kulturgütern der Vergangenheit und Gegenwart so früh wie möglich ermöglicht werden. Sie müssen die zur Produktion und Rezeption notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben und ausüben können, und sie müssen an den Kulturereignissen der Stadt und im Landkreis teilnehmen können.

### **Leitidee: Kompetenz für und Anerkennung von kultureller Vielfalt**

Kommunale Kulturpolitik fördert das bürgerschaftliche Zusammenleben im

Hildesheimer Land, das von zunehmender sozialer und kultureller Vielfalt geprägt ist. Kulturelle Teilhabe ist wesentlich geeignet, Sensibilitäten für „Fremdes und Neues“ zu schaffen. Deshalb ist die kulturelle Bildung und ihre Förderung ein wesentlicher Bestandteil kommunalpolitischen Handelns in einer auf kulturelle Vielfalt angelegten Stadt- und Regionsgesellschaft

**Leitidee: Public-Private-Partnership**

In Zeiten begrenzter öffentlicher Haushalte muss es kommunaler Kulturpolitik gelingen, neben der öffentlichen Verantwortung für diesen Politikbereich den Aktivitäten und Kompetenzen der Zivil- und Bürgergesellschaft einen breiteren Raum zu schaffen. Kultur- und Bildungstiftungen, Kultur - Sponsoring und Kultur – Engagement von Privaten gilt es mit öffentlichen Ansprüchen zu vernetzen. Dabei gilt es ebenfalls die Grundsätze von Teilhabegerechtigkeit und Vielfalt konzeptionell zu verankern.

**Leitidee: Kunst- und Kulturproduktion fördern**

kommunale Kulturpolitik muss vor Ort kreative Wahrnehmungsweisen herausfordern, fördern und ermöglichen. Deshalb bleibt die aktive Förderung einer breiten künstlerischen

Betätigung vieler und die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern, ihrer Projekte und ihrer Arbeitsbedingungen bedeutende Bestandteile zukunftsfähiger Kulturpolitik

**Leitidee: Kulturelle Wertorientierung bei marktwirtschaftlichem Handeln**

Kulturelle Einrichtungen und kulturelle Ereignisse stärken die Lebensqualität der Wohnbevölkerung und stärken ihre Identifikation mit ihrem Gemeinwesen. Sie können auch in der Tourismuswirtschaft der Stadt und des Landkreises eine wesentliche Rolle spielen. Dabei gilt es neben die bedeutsame betriebswirtschaftliche Betrachtung immer wieder den Vorrang des kulturellen Inhalts für den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen. (Leitidee: Kulturelle Wertorientierung bei marktwirtschaftlichem Handeln)

**Leitidee: urbanes, lebenswertes Hildesheimer Land für alle Bewohnerinnen und Bewohner**

Kommunale Kulturpolitik ist dem Menschen und der Unterstützung seiner kreativen Bedürfnisse und Kompetenzen verpflichtet. Deshalb ist kommunale Kulturpolitik ein zentrales Handlungsfeld zeitgemäßer aktiver Kommunalpolitik.



## Bezirksparteitag in Göttingen

Am 10./11. Juni 2017 fand in Göttingen der Parteitag des SPD-Bezirks Hannover statt. Auf der Tagesordnung standen die Neuwahl des Bezirksvorstandes und die Antragsberatung. Ich freue mich, dass ich bei den Vorstandswahlen als Beisitzer im Bezirksvorstand bestätigt wurde.



Außerdem: Der Antrag zur Finanzierung des zweiten Bildungsweges, den der SPD-Unterbezirk Hildesheim auf Initiative von Waltraud Friedemann als UB-Vorsitzende und mir eingebracht hatte, wurde angenommen. Der Vorstand des SPD-Bezirks Hannover umfasst neben dem Vorsitzenden, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister auch 23 Beisitzerinnen und Beisitzer. Als Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover wurde Stefan Schostok bestätigt. Aus dem SPD-Unterbezirk Hildesheim sind ferner Dr. Cornelia Ott und Markus Brinkmann als Beisitzerin bzw. Beisitzer im Bezirksvorstand bestätigt worden. Ich freue mich auf die weitere Arbeit! Im Rahmen der Antragsberatung wurde vom Parteitag auch der Beschluss „Für eine stabile und ausreichende

Finanzierung des zweiten Bildungsweges“ gefasst. Er geht zurück auf einen Antrag des SPD-Unterbezirks Hildesheim, den Waltraud Friedemann als UB-Vorsitzende und ich initiiert hatten. Ich hatte auf dieser Seite zu dem Zeitpunkt der Antragstellung bereits darauf hingewiesen: Bildung ist die soziale Frage in der heutigen Zeit und Voraussetzung, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Menschen einen Schulabschluss machen. Die Praxis zeigt, dass für viele Menschen der erste Bildungsweg nicht zu einem erfolgreichen Schulabschluss führt. Der zweite Bildungsweg bietet eine weitere Chance und Perspektive. Wenn wir um die Bedeutung des zweiten Bildungsweges aber wissen, dann müssen wir uns auch dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung stimmen. Das war die Forderung des Antrages und ist nun Beschluss des Parteitages.



# Wir machen uns stark für Vielfalt und Demokratie! Extremismusprävention in Stadt und Landkreis Hildesheim

von Lisa Schwarzer, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend und Integration im Rat der Stadt Hildesheim

---

Wir machen uns stark für Vielfalt und Demokratie! Extremismusprävention in Stadt und Landkreis Hildesheim

Hildesheim stand in den vergangenen Monaten immer wieder bundesweit in der Öffentlichkeit, da sich im Umfeld der Moschee des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim e.V.“ (DIK) vermehrt Muslime radikalisiert und zur Teilnahme am Dschihad in Kampfgebieten motiviert worden sind. Die Region Hildesheim gilt mittlerweile als ein Schwerpunkt radikal-islamischer Szene in Deutschland. Auch wenn die Moschee mittlerweile geschlossen wurde, leben nach wie vor die handelnden Akteure in der Region. Und auch die damit verbundenen Problematiken der Radikalisierung werden die Bürgerinnen und Bürger weiterhin beschäftigen. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auch in der Region Hildesheim vorzufinden sind. Diverse Aufmärsche sowie rechtsgerichteter Populismus und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Flüchtlingen mussten auch in Stadt und Landkreis Hildesheim in den vergangenen Jahren vermehrt registriert werden.

Der Begriff des Extremismus bezieht sich mitnichten nur auf den religiös motivierten, radikal-islamischen Bereich, sondern bindet auch Rechts- und Linksextremismus mit ein. Der Verfassungsschutz bezeichnet als Extremismus Aktivitäten, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Dies umfasst sowohl Einstellungen, Meinungen,

Vorurteile als auch politisch bestimmte, zielgerichtete Verhaltensweisen, sogenannte „verfassungsfeindliche Bestrebungen“.

Eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft lässt Meinungspluralität zu und schafft die Freiheit, unterschiedliche Ansichten angstfrei äußern zu können. Es ist darum eine wichtige Aufgabe, sich extremistischen Tendenzen dauerhaft und nachhaltig entgegenzustellen und für eine friedfertige demokratische Gesellschaft einzutreten. Präventionsarbeit muss Erfahrungen von Stigmatisierung, Ausgrenzung und Diskriminierung ernst nehmen und ihnen im pädagogischen und auch im gesellschaftlichen Diskurs ausreichend Raum einräumen, um Radikalisierungstendenzen vorzubeugen. Zahlreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure, Organisationen, Initiativen, Vereine, religiöse Einrichtungen aller Glaubensrichtungen und engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Sie stehen der Herausforderung gegenüber, Extremismus entgegen zu wirken und einer zunehmenden Polarisierung sowohl in muslimischen aber auch in antimuslimischen Kreisen zu erkennen. Es zeigt sich aufgrund der aktuellen Entwicklung eine ansteigende Notwendigkeit der Prävention von Radikalisierung bei insbesondere jungen Menschen. Die Sensibilisierung und der pädagogische Umgang mit Extremismus sowie

die Entwicklung von Gegenentwürfen erhalten hierbei einen immer größeren Stellenwert. Auch in Stadt und Landkreis Hildesheim gibt es bereits eine Vielzahl von Institutionen, welche sich auf diesem Gebiet engagieren. Das gesamte Engagement ist noch nicht gemeinschaftlich organisiert und stößt daher schnell an Grenzen. Es fehlt eine Vernetzung der Initiativen untereinander und vor Ort. Weder im Landkreis noch in der Stadt existiert bisher eine benötigte Anlauf- und Vernetzungsstelle. Auch einen übergeordneten, regionalen Ansprechpartner gibt es noch nicht. Die Initiativen, Lehrkräfte und sozialen Einrichtungen sind bisher auf sich allein gestellt und helfen nach ihren Kräften und Möglichkeiten.

Aus diesem Grund wurde auf Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hildesheim der einstimmige Beschluss gefasst, eine Anlauf- und Vernetzungsstelle für Extremismusprävention einzurichten. Im Kreistag des Landkreises Hildesheim wird diese Initiative nun ebenfalls aufgegriffen, um das Vorhaben gemeinsam für die gesamte Region auf den Weg zu bringen.

Die Anlauf- und Vernetzungsstelle für Extremismusprävention hat zum Ziel, Extremismus in seinen verschiedenen Facetten gezielt entgegen zu wirken, demokratisches Denken und Handeln zu stärken und das Engagement vor Ort zu koordinieren. Die Koordinationsarbeit soll dabei strukturell angelegt sein und folgende Elemente enthalten: Vernetzung im Sozialraum: Die verschiedenen Angebote müssen inhaltlich mehr aufeinander abgestimmt werden. Die Förderung von Stadtteil- bzw. Gemeinwesenarbeit in der Fläche muss Grundlage der konzeptionellen Ausrichtung sein.

Beratung von Multiplikatoren: Insbesondere Schulen und Jugendzentren müssen unterstützt werden im Umgang mit radikal-islamischen und antimuslimischem Rassismus von Jugendlichen. Es ist wichtig, vor Ort eine Anlaufstelle für

Multiplikatoren einzurichten, die dringende Fragen beantworten und Beratung und Unterstützung in der fallbezogenen Arbeit bieten kann.

Fortbildung: Pädagogischen Fachkräften muss ein Überblick über Ausprägungen und Handlungsempfehlungen zur Thematisierung des Extremismus gegeben werden.

Kampagnenarbeit: Um Beteiligte und ihr Umfeld zu erreichen, ist eine verstärkte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit für junge Menschen und Betroffene notwendig.

Die Erfahrungen bereits bestehender Vernetzungsstrukturen sollen in das Vorhaben eingebunden werden. Die Beratungsstelle zur Prävention neo-salafistischer Radikalisierung in Niedersachsen (beRATen e. V.), die niedersachsenweit tätig ist und einzelfallbezogen Menschen mit Radikalisierungstendenzen sowie deren soziales Umfeld berät, wird den zuständigen Fachausschuss hinsichtlich der Wege und Möglichkeiten zur Einrichtung einer Anlauf- und Vernetzungsstelle eingebunden.

Dank des Caritasverbandes für Stadt und Landkreis Hildesheim konnte bereits ein umfangreicher Antrag auf Drittmittel über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ gestellt werden. Ein positiver Entscheid des Interessensbekundungsverfahrens wird erhofft.

# Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Kommunalpolitik

**An dieser Stelle werden Mitstreiterinnen oder ein Mitstreiter aus der Kommunalpolitik vorgestellt. In dieser Ausgabe: Ute Witteczek, Mitglied im Rat der Gemeinde Holle, Vorsitzende des SPD-OV Sottrum und Kassiererin des SPD-Gemeindeverbandes Holle.**

## **Dein Engagement in und für die SPD: Seit wann & warum?**

Seit Ende 2011 bin ich Mitglied der SPD. Ich wurde vom SPD-Ortsverein Sottrum angesprochen, ob ich mich für die SPD bei der Kommunalwahl aufstellen lasse. Ich habe spontan zugesagt, die Zeit für ein derartiges Engagement war wohl gekommen.

## **Deine Motivation für das Mandat?**

Wenn man in einem lebenswerten und lebendigen Umfeld leben möchte, dann sollte sich jeder mit seinen Möglichkeiten einbringen. Ich kann mich nicht einfach zurücklehnen und meinen, dass sich die anderen kümmern.

Dies betrifft nicht nur politisches Engagement, sondern auch alle anderen Bereiche unserer Gesellschaft, wie zum Beispiel Kultur oder Sport.

## **Dein konkretes Ziel/deine konkreten Ziele in dieser Legislaturperiode?**

In dieser Legislaturperiode bin ich im Sottrumer Ortsrat und im Rat der Gemeinde Holle. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass mein Wohnort und die Gemeinde weiterhin lebendig und lebenswert bleiben. Dies bedeutet gerade auf der Ebene der Gemeinde die entsprechenden Weichen für die Zukunft zu stellen. Für meinen Wohnort Sottrum ist es zum Beispiel die Organisation und Mitarbeit bei

Dorfaktivitäten, denn gerade diese halten die Dorfgemeinschaft lebendig.

## **Dein Vorbild/deine Vorbilder?**

Eigentlich habe ich keine direkten Vorbilder. Jeder Bürger, der sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in die Gesellschaft einbringt, ist für mich ein Vorbild.

## **Dein Lieblingsautor?**

Ich lese sehr gerne, insbesondere Kriminalromane. Donna Leon ist eine meiner Lieblingsautoren, diese Verflechtung eines

Kriminalfalls mit gesellschaftspolitischer Kritik macht einfach Spaß.

## **Dein Lieblingsmusiker?**

Einen Lieblingsmusiker an sich kann ich nicht nennen. Aber in letzter Zeit höre ich sehr gerne Coldplay, wo ich auch ein Konzert besucht habe. Da ich aus dem Rheinland komme und in Köln Volkswirtschaftslehre studiert habe, begeistere ich mich auch immer wieder für das „kölsche“

Liedgut. Ein großer Teil der Texte ist nicht nur zur Karnevalszeit aktuell.

## **Dein Lieblingsplatz?**

Bei schlechtem Wetter sitze ich sehr gerne in meinem "Lesesessel" mit einem wundervollen Blick in den Garten. Im Sommer ist der Platz unter unseren beiden Apfelbäumen mein absoluter Favorit.

## **Deine Lieblingsbeschäftigung?**

Wie mein Lieblingsplatz schon angedeutet hat, lese ich sehr viel. Des weiteren reise ich sehr gerne mit meinem Mann, wobei wir dabei das jeweilige Land mit seiner Kultur und seinen Besonderheiten kennen lernen wollen.



## SuedLink - Antragskonferenz der Bundesnetzagentur eröffnet Verfahren der Bundesfachplanung

Am 13. Juni 2017 fand in Hannover die Antragskonferenz der Bundesnetzagentur zur Bundesfachplanung für die Stromtrasse SuedLink statt. Veranstalter und zuständige Behörde für die Bundesfachplanung ist dabei die Bundesnetzagentur. Neben vielen Bürgerinnen und Bürgern aus der Gemeinde Holle nahmen an der Antragskonferenz Klaus Huchthausen, Bürgermeister der Gemeinde Holle, Sven Wieduwilt, Mitglied des Hildesheim Kreistages, und der Bundestagsabgeordnete Bernd Westphal teil.

Die Antragskonferenz ist der erste Schritt eines umfangreichen Verfahrens. Grundlage ist der Antrag auf Bundesfachplanung, den die Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW mit einer Vorschlagstrasse Anfang März 2017 bei der Bundesnetzagentur eingereicht haben.

„Das formelle Verfahren der Bundesnetzagentur bietet die Möglichkeit, Hinweise, Einwände und Bedenken im Hinblick auf eine mögliche Trassenführung in unserer Region vorzubringen“, so Sven Wieduwilt, Mitglied des Hildesheim Kreistages und Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle. Er freue sich, dass es bereits im Vorfeld viele Stellungnahme und Einwände gegeben habe. „Wenn sich die Trasse nicht verhindern lässt, so muss sie definitiv als Erdkabel verlegt werden - unter Bewahrung natürlicher Ressourcen und Schutzgüter, z.B. des Luttrumer Moores, und unter Verwendung möglichst schonender Techniken und Verfahren bei der Verlegung der Leitung.“

Klaus Huchthausen weist am Rande der Konferenz auf die gemeinsame Stellungnahme der Gemeinde Holle und Stadt Bockenem hin. „Wir haben die zentralen Einwände aus Sicht unserer beiden Kommunen gemeinsam formuliert. Fehlende gradlinige Streckenführung, Fragen des Naturschutzes, Flächenverbrauch, Belastung der Region durch andere Infrastrukturvorhaben und andere Punkte“, so Huchthausen. Viele gleichlautende



oder ähnliche Einwände und Bedenken hätten sich heute in Wortbeiträgen der Konferenz gefunden. „Ich hoffe, dass die Bundesnetzagentur die Einwände sorgfältig prüft und bewertet und ggf. auch vor Ort eigene Prüfungen vornimmt.“ Die Bundesnetzagentur habe selbst darauf hingewiesen, dass der Vorschlagstrassenkorridor der Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW keine verbindliche Bindungswirkung habe. „Hieran muss sich die Bundesnetzagentur messen lassen“, unterstreicht Huchthausen.

## SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum mit neuem Mitglied – Omar Almustafa in die SPD aufgenommen

Der 30. Mai 2017 brachte ein besonderes Highlight: Ich durfte als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Omar Almustafa sein Parteibuch zum Eintritt in die SPD überreichen. Omar Almustafa war 2015 aus Syrien geflohen, wo er geboren wurde, aufgewachsen war und Jura studierte. 2016 erreichte er Deutschland und schließlich Grasdorf. Nun ist er in die SPD eingetreten. Geworben



wurde er von Doris Bremermann. Sein Eintritt in unsere Partei ist ein schönes Zeichen!

In Syrien hatte Omar Almustafa Jura studiert, um dort beruflich in der Politik zu arbeiten. Der Bürgerkrieg zerstörte dieses Vorhaben. Er geriet zwischen die Fronten von ISIS, kurdischer und syrischer Armee. Er verweigerte das Kämpfen, wurde verfolgt und bedroht und floh nach Deutschland. Anfang 2016 kam er in Grasdorf an, eine Ortschaft mit großer Hilfsbereitschaft bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Hier lernte er auch Doris Bremermann und ihren Ehemann kennen. Lange Gespräche und Diskussionen

über Politik, Religion, die Heimatregion mit seiner langen und großartigen Geschichte und grausamen, von Bürgerkrieg geprägten Gegenwart führten zu einer Freundschaft.

Im April äußerte Omar Almustafa den Wunsch, Mitglied der SPD zu werden. „Um mich politisch zu engagieren, wie in meiner Heimat“, so Omar Almustafa im Gespräch anlässlich der Übergabe des Parteibuches.

Der Wunsch stieß bei uns als SPD auf erfreute Überraschung. Wir reden viel über Integration, über die Bedeutung von Sprache und Arbeitsmarkt, aber der Eintritt in eine Partei ist tatsächlich gelungene Integration. Es ist ein schönes Zeichen. Herzlich Willkommen in unserer Partei!

Es sei ein beeindruckender Schritt, so auch Doris Bremermann. Nach den Erfahrungen der Flucht ständen viele andere Probleme im Mittelpunkt. In eine Partei einzutreten zeige, dass man angekommen sei und die Gesellschaft mitgestalten wolle.

### IMPRESSUM

Sven Wieduwilt

Mitglied des Kreistages des Landkreises Hildesheim, Vorsitzender des SPD-Gemeindeverbandes Holle

Adresse: Wiethagen 3 31188 Holle

E-Mail: [info@sven-wieduwilt.de](mailto:info@sven-wieduwilt.de)

Homepage [www.sven-wieduwilt.de](http://www.sven-wieduwilt.de)